

Liebe Mitbürger und Freunde der BI

Heute standen bzw. stehen im Hauptausschuss des Stadtrates zwei wichtige Themen auf der Tagesordnung. Es ist der Antrag der Fraktion Bürger für WSF / Landgemeinden auf Durchführung der Bürgerfragestunde zu AöR Sitzungen und der CDU Wunsch nach, ich zitiere: „Klärung von Rechtsfragen; unrechtmäßige Behandlung von Bürgern muss ausgeschlossen werden“. Unsere Vorstandsmitglieder, die an der heutigen HA Sitzung teilgenommen haben, werden darüber berichten. Der erste Antrag zielt darauf ab, die Arbeit der BI zu unterstützen bzw. sie erst möglich zu machen. Dafür sind wir dieser Fraktion dankbar. Wo anders als zu den AöR Sitzungen kann der Bürger themen- und sachgerecht bzw. zielgerichtet seine Fragen rund ums Abwasser vorbringen. Dieses Recht lassen wir uns auch nicht durch eine hanebüchene Satzungsinterpretation der Rechtsabteilung unserer Verwaltung nehmen. Wir werden auch ohne Stadtratsbeschluss dieses Recht wahrnehmen. Leider gibt es ein weiteres ernst zu nehmendes Problem mit der AöR. Es gibt keinen festen Terminplan für AöR Sitzungen. Die BI fürchtet nicht ohne Grund eine dahinter stehende Absicht, die Behandlung kritischer Themen so lange wie nur möglich hinauszuzögern, Bürger und auch Stadträte vor vollendete Tatsachen zu stellen und vor allem auf die Vergesslichkeit der Bürger in unserer schnelllebigen Zeit zu setzen. Wer unter der Internetadresse „Stadt WSF“ nach Terminen für AöR Sitzungen sucht, wird dies vergeblich tun. Es ist der einfachste Weg, keine Sitzungen mehr vorsehen, der Bürger braucht somit nicht informiert zu werden, Kritik verliert ihre Bezugspunkte und verpufft am Ende. So oder ähnlich der Wunsch unseres Stadtoberhauptes und Vorsitzenden des Verwaltungsrates der AöR, Herr Risch. Er kann sich sicher sein, dieser Wunsch wird durch Wachsamkeit der Bürger von WSF nicht in Erfüllung gehen. Auch der sich in der 1. und vorerst letzten AöR Sitzung abzeichnende Ablauf, durch Regieanweisung die Informationspflicht so weit wie nur irgend möglich zu begrenzen und die freie Meinungsbildung als Sitzungsleiter zu unterbinden wird unserer Aufmerksamkeit gewiss sein. Die BI verfolgt sehr kritisch das Geschehen in öffentlichen Sitzungen und wird solche Praktiken wenn nötig öffentlichkeitswirksam aufs Korn nehmen. Unser Ziel, soviel Demokratie und Transparenz wie möglich, ist letztlich die Voraussetzung dafür, dass sich bei den Abwasserbeiträgen was bewegt. In einer Vorstandssitzung vergangenen Mittwoch haben wir uns drauf verständigt, die Einwohnerfragestunden besser als bisher zu organisieren. Das heißt Fragen werden abgestimmt und vorformuliert und was sehr wichtig ist sie werden dokumentiert. Dass dies leider notwendig ist, können Bürger die an Stadtratssitzungen teilnehmen selbst erleben. Fragen prallen am Stadtratsvorsitzenden Freiwald ab wie an einer mit viel Botox stillgelegten Gesichtsmaske. Kein Ja, kein Nein oder sonst eine Reaktion, ob Behandlung durch Verwaltung oder Stadtrat erfolgt, alles nach Gutdünken irgendwann und wenn überhaupt, dann völlig nichtssagend, so die Antwort auf Fragen der Bürger. Diese Strategie der Verwaltung mit Teilen von Stadträten, insbesondere von Linken, muss durchkreuzt werden. Gerade jetzt, wo hinter verschlossenen Türen viele Weichenstellungen erfolgen, ist Öffentlichkeit mehr als je gefragt. Wir möchten daran erinnern, dass bis April die alte ZAW Satzung über die Herstellungskostenbeiträge durch die AöR bzw. deren Geschäftsführung überarbeitet wird.

Überarbeitet eventuell unter Beteiligung einer Firma wie Kommunalservice Hannover, die für ihre Ausfälligkeiten uns Bürgern gegenüber ein wohl für immer bleibendes Negativimage hat. Es werden, was Bürger im besonderen Maß erregt, bereits vollendete Tatsachen geschaffen, wie es am Beispiel der Abholzungen am Arbeitsamt zu sehen ist. Dies alles geschieht, ohne die Zusage von Fördermitteln abzuwarten, ohne die Eigenfinanzierung zu klären, wie es die Obere Kommunalaufsicht in ihrem Schreiben vom 21. 09. 2012 gefordert hat. **Ein wichtiger Punkt ist auch die Bürgerkontrolle über die bereits anlaufenden Investitionen zur Kläranlagenerweiterung.** Dies ist dringend notwendig, denn die Taktik des Oberbürgermeisters (siehe oben) lässt das Schlimmste befürchten. Wenn dann noch hinzu kommt, dass aus Angst vor dem Bürger, aus einer Strategie der Verschleierung und Intransparenz heraus, die gerade jetzt notwendige Kontrolle der Geschäftsführung und der Projektsteuerung der AöR unterbleibt, ist ein Versagen regelrecht vorprogrammiert. Damit sind Ergebnisse, wie z. Bsp. dramatische Überziehungen der Investkosten und sonstige Verfahrensfehler sehr wahrscheinlich. Jetzt sind Fragen zu klären und Entscheidungen zu treffen, wie entwickeln sich Betriebskosten, welche Besonderheiten der Abwässer in WSF sind zu beachten u. v. m. Der Bürger erfährt nichts davon. Vielleicht in 1-2 Jahren, wenn es heißt, die Kosten sind aus von uns Verwaltungsräten nicht zu verantwortenden Gründen aus dem Ruder gelaufen. Dann ist wie üblich keiner dafür verantwortlich oder nicht mehr im Amt. Diese Gefahr ist sehr real, die zu erreichenden gerechten Abwasserbeiträge dürfen nicht durch in WSF bekanntes Überziehen von geplanten Kosten wieder zunichte gemacht werden. **Deshalb wird das Thema Bürgerkontrolle ganz oben an stehen und seitens der BI immer wieder auf die Tagesordnung gestellt werden.** Hoffnung auf Kontrolle/Unterstützung durch übergeordnete Verwaltungen besteht leider nicht.

Zum Eingangs erwähnten 2. Punkt der Hauptausschusssitzung hat sich die CDU mit ihren Antrag gegenüber 2012 unter dem „Druck der Straße“ weiterentwickelt. Damals stand die Senkung der Investitionskosten im Fokus, Augenwischerei damals wie heute. Uns Bürger treibt die Sorge um, wie kann eine Kostenexplosion verhindert werden. Der neue Antrag, „wie kann eine unrechtmäßige Behandlung der Bürger verhindert werden“ nähert sich unseren Forderungen nur an. Richtig und für eine Verbesserung des Klimas zwischen Stadträten, Verwaltung und AöR wäre folgende Fragestellung gewesen, „wie kann die HKB Satzung die erzielbaren Vorteile von Gruppen in einem differenzierten Beitragssatz berücksichtigen, wie ist der Nutzungsanteil der Abwasserentsorgung (70% Industrie und 30% Bürger) im Satzungstext zu erkennen. Solange diese Themen nicht behandelt werden wird wie die Katze um den heißen Brei geredet und nur viel Luft produziert. Dies ist natürlich vor dem Hintergrund des beginnenden Wahlkampfes zu sehen. Im CDU Antrag (MZ Artikel) heißt es weiter „die AöR soll zu jedem Hautausschuss berichtspflichtig sein“. Im Hauptausschuss hat der Bürger bekanntlich nichts zu sagen. Damit droht ein Anschlag auf Transparenz und Verhinderung kritischer Fragen. Es entspricht auch eher den Vorstellungen des OB, sein Wunschenken: AöR Sitzungen, so wenig wie möglich und ein Minimum an Informationen über AöR Themen bei Hauptausschuss ohne lästige Fragen. Das sind die Konsequenzen, wir denken, dies werden und lassen sich die Bürger von WSF nicht gefallen!

Die vergangene Woche war sehr ereignisreich. Am vergangenen Montag wurde bereits in Auszügen über den Petitionsantrag der BI an den Landtag von Sachsen Anhalt berichtet. Der vollständige Text ist seit dem Wochenende im Internet auf den WSFer Seiten von Herr Arps zu lesen. Wir hoffen mit den vorgebrachten Argumenten ihren Willen richtig erfasst zu haben und sind gespannt auf die Reaktionen der Parteien.

Mit Erleichterung kam am 19. 02. 2012 die Nachricht aus dem Lützener Rathaus, dass der Plan zum Bau einer Vergärung für tierische Abfälle aufgegeben wurde. Wer regelmäßig die Montagsdemo besucht konnte das Auf und Ab der Gefühle zu o. g. Thema miterleben. Der Antragsteller (mit Fa. Tönnies im Hintergrund) hat sehr genau die Stimmung der Bürger beobachtet, eine kleinste Unachtsamkeit oder Nachlassen der Proteste hätte zum Bau dieser schrecklichen Anlage geführt. Unser Dank gilt Ihnen hier auf dem Marktplatz von WSF, die sie immer wieder auf diesen Wahnsinn hingewiesen haben. Z. Bsp. Frau Baumgarten in ihrer Büttensrede zum Rosenmontag und vielen anderen jetzt Ungenannten mit ihren ständigen Fragen was ist los , was können wir tun. Der Dank der Bürger von Weißenfels gilt auch den Anwohnern der Nachbargemeinden, der Stadtverwaltung Lützen, den im Gewerbegebiet Zorbau ansässigen Firmen, besonders Franz Kerstin, ARAL und Jomo City mit ihren kompetenten RA Kanzleien, der BI Pro Weißenfels mit Dr. Riedel, der Partei die Grünen mit dem Landtagsabgeordneten Dieter Wehrich und natürlich an erster Stelle Herrn Oliver Wendenkamp vom BUND mit seinen unübertroffenen Argumentationen in Lützen. Da macht es schon nachdenklich das seitens Linke, Herr Freiwald nur ein, das geht uns nichts an, bei der Stadtratssitzung am 19. 02. 2012 herüber kam. Was die Verwaltung , insbesondere unser Stadtoberhaupt darüber denken können wir uns sicher gedanklich vorstellen (hoffentlich nicht zum Rapport bei Tönnies !).

Wir sollten aber eins nicht vergessen, es ist leider nur ein Teilerfolg. Noch gibt es die Genehmigung zum Bau der NaWaRo Anlage für die Vergärung pflanzlicher Stoffe in Zorbau. Eine Genehmigung, die am Bürger vorbei erteilt wurde, von der Anwohner und Gewerbetreibende nichts ahnten. Zu erinnern ist auch an ein übles Vorkommnis durch unsere Landkreisverwaltung mit Hr. Harry Reiche an der Spitze. Durch die nachträgliche wasserrechtliche Genehmigung (Langendorfer Stollen) wurde die Missachtung eines offenen und transparenten Verwaltungshandel unter Einbeziehung der betroffenen Bürger mehr als deutlich zum Ausdruck gebracht. Eine Schande! Der Kampf geht also weiter. Hier und heute erklären wir Bürger von WSF unsere uneingeschränkte Solidarität mit dem Zorbauern und den besonders betroffenen Firmen. Wir werden nicht nachlassen auf solch unsinnige Planungen hinzuweisen.

Unsere Forderung: Sofortiger Stopp weiterer Planung, Rücknahme aller Genehmigungen ! Es gibt bereits eine Überkapazität solcher Anlagen in der Region, zur Erinnerung z. Bsp. Kompostwerk WSF. Unsere Felder müssen der LM Produktion vorbehalten bleiben, Einsatz von Lebensmittel für Stromgewinnung ist eine Schande angesichts des Hungers in der 3. Welt. Die BI bleibt am Thema dran und drückt Fa. Franz Kerstin beide Daumen für den Erfolg ihrer Klage gegen das Landesverwaltungsamt zu Abwehr des Vorhabens. Für den Fall von Aktionen sichern wir den Zorbauern bereits jetzt schon die Unterstützung durch viele Weißenfelder Bürger zu.